

Mündliche Frage von Herrn Braun an Herrn Minister Paasch über Ausgaben der Erziehungsberechtigten im Rahmen des Schulbeginns

Behandelt in der Plenarsitzung vom 21. September 2010

DER PRÄSIDENT: Gemäß Artikel 71 der Geschäftsordnung eröffne ich die Fragestunde. Wir kommen zur Frage von Herrn Braun an Herrn Minister Paasch über Ausgaben der Erziehungsberechtigten im Rahmen des Schulbeginns. Herr Braun hat das Wort.

HERR BRAUN (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder von Parlament und Regierung! Laut der aktuellen Studie des Verbraucherzentrums CRIOC liegen die Ausgaben für den Schulbeginn belgienweit bei durchschnittlich 773 EUR pro Kind. Bei den Frankofonen sind es 904 EUR und bei den Flamen 605 EUR. In dieser Untersuchung des CRIOC gibt es keine speziellen Angaben zu den Deutschsprachigen.

Auch gibt es Unterschiede zwischen den Unterrichtsstufen. So betragen – wiederum als belgienweiter Durchschnitt – die Ausgaben im Rahmen des Schulbeginns für einen Sekundarschüler 662 EUR, für einen Primarschüler 396 EUR und für einen Vorschüler 463 EUR. Die Hochschulstudenten lasse ich einmal außen vor.

Ich werde an dieser Stelle nicht, wie man vermuten könnte, die Liste der Dienstleistungen und Lernmittel ansprechen, für die eine Schule von den Erziehungsberechtigten eine Entschädigung, sprich: den Selbstkostenpreis, verlangen kann. Sie, Herr Minister, haben mir am 03. Dezember 2009 versprochen, dass diese Liste bis zum Ende der Legislatur vorliegen wird. Bis dahin wird es noch reichlich Gelegenheit geben, Sie an dieses Versprechen zu erinnern.

Meine Fragen gehen dieses Mal in eine andere Richtung, und zwar: Gibt es auch Untersuchungen über die Höhe der Ausgaben, die Erziehungsberechtigte aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Zusammenhang mit dem Schulanfang tätigen müssen? Wenn ja, welche Rückschlüsse und Vergleiche mit der Situation in Flandern oder im frankofonen Teil Belgiens können daraus gezogen werden? Wenn nein, sehen Sie die Möglichkeit, mit dem Verbraucherzentrum CRIOC Kontakt aufzunehmen, damit die Studie in Zukunft Daten aus allen Gemeinschaften, also auch der deutschsprachigen, berücksichtigt und analysiert? Oder sehen Sie andere Möglichkeiten, relevante Daten spezifisch für unsere Gemeinschaft zu erhalten? Vielen Dank für Ihre Antwort.

DER PRÄSIDENT: Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben recht, Kollege Braun, wir verfügen nicht über präzise Angaben bezüglich der Unkostenbeteiligung der Eltern zum Schuljahresbeginn. Wohl aber haben wir eigene Untersuchungen zur Frage der gesamten Schulkosten in einem Schuljahr durchgeführt. Im Schuljahr 2006-2007 haben wir uns beispielsweise sowohl bei den Eltern als auch bei den Schulleitungen des Gemeinschaftsunterrichtswesens über die Kosten des Schulbesuchs auf Ebene des Kindergartens und der Primarschule informiert. Ferner

- 8 - Mündliche Fragen

haben wir Umfragen durchgeführt, um zu ermitteln, wie viel der Schwimmunterricht im Gemeinschaftsunterrichtswesen die Eltern kostet. Diese Umfragen erfolgten im Jahr 2006 bei den Schulleitungen und im Jahr 2010 bei den Schwimmbädern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. In Beantwortung einer schriftlichen Frage der Kollegin Stoffels wurden zudem im Oktober 2007 Umfragen durchgeführt, um den Elternbeitrag für Schulmahlzeiten zu ermitteln. Das sind jedoch partielle und keine repräsentativen Erhebungen.

Die Ergebnisse dieser partiellen Erhebungen lassen – wenn ich das stark zusammenfasse – keine strukturellen Unterschiede zu den Kosten in der Flämischen oder auch in der Französischen Gemeinschaft erkennen. Wir haben diesbezüglich sehr umfangreiches Zahlenmaterial von der Katholischen Universität Löwen und vom Bund der Familien analysiert und mit unseren Daten verglichen. Große Unterschiede tauchen dabei nicht auf. Ich kann an dieser Stelle aufgrund der begrenzten Redezeit nicht auf Details eingehen, aber ein Element fällt besonders auf: Die Eltern der Schulkinder sowohl im Landesinnern als auch in unserer Gemeinschaft empfinden besonders die Ausgaben für Klassenausflüge als belastenden Kostenfaktor. Nun sind Klassenfahrten streng genommen zwar nicht verpflichtend, aber der soziale Druck, den wir kennen, spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Deshalb haben wir am 22. Juni 2006 in einem amtlichen Rundschreiben auch die Schulleitungen aufgefordert, den Eltern zumindest bereits zu Beginn des Schuljahres eine schriftliche Aufstellung und eine zeitliche Planung der voraussichtlich anfallenden Kosten für Schulaktivitäten auszuhändigen.

Sie werden in der Anlage zur Regierungserklärung, die der Ministerpräsident gleich vortragen wird, nachlesen können, dass wir uns in den nächsten Jahren sehr intensiv und sehr gezielt mit einem noch gerechteren und einem noch kostengünstigeren Zugang zur Bildung beschäftigen werden. In diesem Zusammenhang werden wir – das ist den Arbeitsschritten dieser Erklärung zu entnehmen – in unserer Gemeinschaft repräsentative Erhebungen zu den Kosten des Schulbesuchs insgesamt und ganz besonders zum Schulbeginn durchführen. Ich bin gerne bereit zu überprüfen – ich finde die Anregung interessant –, inwieweit in diesem Zusammenhang eine Zusammenarbeit mit dem Verbraucherzentrum CRIOC sinnvoll sein könnte. Ich danke Ihnen!

(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)